

Gesundheit

Antrag 06/1

ASG

(Kennnummer: 83)

Die geplante Entsolidarisierung in der Finanzierung des Gesundheitswesens und bei der Gesundheitsversorgung verhindern!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Berlin stellt sich vehement gegen die Pläne der schwarz-gelben Regierungskoalition im Gesundheits- und Pflegebereich, die die Solidarität zwischen den Menschen und Regionen schwächen.

Insbesondere stellt sich die SPD Berlin:

- 10 ▪ Gegen die Einführung einer unsolidarischen und unsozialen Kopfpauschale für Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen und gegen das "Einfrieren" des Arbeitgeberanteils. Wir wenden uns auch gegen die schrittweise Einführung von Kopfpauschalen mit vermeintlichem sozialem Ausgleich. Unser sozialdemokratisches Modell der Bürgerversicherung, das 15 die Unterschiede zwischen privat- und gesetzlich Versicherten in der Arztpraxis aufhebt und eine gerechte Finanzierung entsprechend der tatsächlichen Einkommen der Versicherten herstellt, ist und bleibt die richtige Antwort auf die Finanzierungsprobleme der Zukunft.
- 20 ▪ Gegen die Erweiterung sogenannter "Mehrkostenregelungen", wonach grundsätzlich nur noch ein Teil der Kosten für notwendige medizinische Leistungen erstattet wird. Den nicht erstatteten Rest der Kosten muss der/die Versicherte (zusätzlich zum Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung) aus eigener Tasche aufbringen.
- 25 ▪ Gegen die Einschränkung des Risikostrukturausgleichs, gegen Manipulationen an der gerechten Verteilung der Mittel aus dem Gesundheitsfonds. Also gegen Pläne, reiche Regionen und Länder, wie beispielsweise die schwarz-gelb regierten Länder Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen, gegenüber schwächeren Ländern in Ostdeutschland zu bevorteilen.
- 30 ▪ Gegen Privatisierung des Risikos, pflegebedürftig zu werden und gegen die gesetzliche Verpflichtung, zusätzlich private Mittel zur Absicherung dieses Risikos aufzubringen! Also gegen Pläne, die Menschen zu zwingen, privaten Banken oder Versicherungen Milliardenbeiträge zu übereignen.
- 35
- 40

Annahme (K)

45

Die SPD Berlin fordert alle betroffenen Landesregierungen auf, sich gemeinsam im Bundesrat kompromisslos gegen alle Projekte der schwarz-gelben Regierungskoalition im Gesundheits- und Pflegebereich zu stellen, die

50

sich gegen Ärmere, gegen Kranke und gegen Bürgerinnen und Bürger in strukturschwächeren Ländern richten.